VwGH: Eltern-Handysignatur auch für die eigenen Kinder gültig

» jusIT 2023/17

- § ABGB: §§ 177 ff
E-GovG: §§ 1, 1a, 2 Z 7, § 5 Abs 1
StZRegBehV 2009: § 9 Abs 2 Z 1, § 2
- # VwGH 20. 9. 2022, Ro 2022/03/0041, 0042
(Eltern-Kind-Handysignatur)

Die Eltern dürfen das Obsorgerecht für Kinder auf ihrer Bürgerkarte eintragen lassen und die Handysignatur für sie mitverwenden. Gleichmaßen dürfen dann auch die so eingetragenen Minderjährigen über ihre Eltern die Handysignatur verwenden.

Anmerkung des Bearbeiters:

Die Beschwerdeführerin und der Beschwerdeführer waren miteinander verheiratet und jeweils im Besitz einer eigenen Bürgerkarte. Sie beantragten (bei der damals zuständigen) Datenschutzbehörde als Stammzahlenregisterbehörde die Vertretungsvollmacht für ihre gemeinsame minderjährige Tochter auf ihren jeweiligen Handysignaturen gem § 5 E-GovG und § 9 StZRegBehV 2009. Die DSB wies den Antrag ab, da die Tochter mangels Geschäftsfähigkeit nicht bestätigen könnte, dass sie von der Eintragung Kenntnis habe, was aber erforderlich wäre. Das BVwG bestätigte vollinhaltlich und ergänzte, dass die elektronische Kommunikation mit öffentlichen Stellen überhaupt nur für Personen in Betracht käme, die das 14. Lebensjahr vollendet hätten.

Aufgrund der ordentlichen Revision der Eltern hatte sich der VwGH mit der Eintragung von Vertretungsvollmachten iSv § 9 Abs 2 StZRegBehV 2009 zu befassen sowie insb mit der Reichweite der elterlichen Obsorge.

Der 3. Senat gab der Revision Folge und hob das angefochtene Urteil des BVwG wegen Rechtswidrigkeit seines Inhaltes auf. Die gemeinsame Obsorge nach den §§ 177 ff ABGB reichte aus, um die Vertretungsmacht für das Kind auf den Bürgerkarten beider Eltern einzutragen. Der VwGH stellte klar, dass jeder natürlichen Person das Recht zukommt, am elektronischen Verkehr mit öffentlichen Stellen mit den Mitteln des E-GovG teilzunehmen, unabhängig von ihrem Alter (vgl Rz 26 des Erkenntnisses).

Die vorliegende Entscheidung orientiert sich in ihrer Begründung an dem klassischen Auslegungskanon juristischer Normen: Zunächst sieht der Wortlaut der einschlägigen Bestimmungen nicht vor, dass eine Eintragung nur unter der weiteren Bedingung einer möglichen automatischen Überprüfung der aufrechten Vertretungsmacht bei jeder Verwendung der Bürgerkarte für die zu vertretende Person stattfinden darf. Der Zweck der Bestimmungen besteht nach Ansicht des VwGH darin, jeder natürlichen Person die freiwillige Möglichkeit der elektronischen Kommunikation in behördlichen Verfahren zu eröffnen. Die Verwendung der Bürgerkarte ohne Mindestaltersbegrenzung liegt daher

innerhalb dieses Telos von § 1 E-GovG. Dies entspricht auch dem Verständnis der Begriffsdefinition von „Betroffener“ nach § 2 Z 7 E-GovG („jede natürliche Person“) sowie des erst nach dem Anlassfall in Kraft getretenen, aber die schon davor vorhandene Zielsetzung erkennbar umschreibenden § 1a E-GovG, der „jeder-mann“ das Recht zum elektronischen Verkehr mit den Gerichten und Verwaltungsbehörden in den dort genannten Angelegenheiten einräumt. § 5 Abs 1 E-GovG und § 9 Abs 2, § 10 StZRegBehV 2009 verlangen bloß eine gesetzliche Stellvertretung, wie sie etwa durch die familienrechtliche Obsorge anerkannt ist (daran hat auch die Nachfolgeregelung der StZRegBehV 2022, BGBl II 240/2022 nichts geändert). Diese Vorschriften sehen aber nicht vor, dass eine Eintragung nur unter der weiteren Bedingung einer möglichen automatischen Überprüfung der aufrechten Vertretungsmacht bei jeder Verwendung der Bürgerkarte für die zu vertretende Person stattfinden darf. Dies hat die Bundesministerin für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort (BMDW) noch in einer Verfahrensäußerung vertreten.

Ausblick: Für technikaffine Eltern erleichtert die vorliegende Entscheidung die Versorgung ihrer „digital natives“ mit sicheren elektronischen Unterschriften. Zu Risiken und Nebenwirkungen im Obsorgestreit oder Scheidungsfall befragen die Eltern bitte die zuständigen Familienrichter:innen oder konsultieren Scheidungsanwält:innen.

Bearbeiter: Clemens Thiele

BVwG: Ungeteilte betriebliche Verantwortung von Unternehmen

» jusIT 2023/18

- § VO (EU) 2016/679: Art 4 Z 7, Z 10, Z 18, Art 15, 29, 32 Abs 4
DSG: §§ 24, 27
- # BVwG 5. 7. 2022, W252 2246278-1 (angestellte Immobilienmaklerin)

1. Verarbeiten weisungsabhängige Dienstnehmer zu Zwecken des Dienstgebers im Rahmen der Geschäftstätigkeit seines Unternehmens personenbezogene Daten, sind nicht die Arbeitnehmer selbst Verantwortliche iSd Art 4 Z 7 DSGVO, sondern das Unternehmen, für welches sie auftragsgemäß tätig werden.
2. Mitarbeiter, die sich unberechtigterweise Zugriff auf personenbezogene Daten verschaffen bzw diese für in ihrem Eigeninteresse liegende Zwecke verarbeiten, sind selbst für eine solche Verarbeitung verantwortlich.

Anmerkung des Bearbeiters:

Den Ausgangsfall bildete eine Auskunftsbeschwerde einer Wohnungsmieterin nach Art 15 DSGVO gegen eine angestellte Immo-